

«Hochulis Aussagen sind ein Affront»

Asylwesen SVP-Präsident und FDP-Gemeindevertreterin werfen der Regierungsrätin vor, die Lage zu verharmlosen

VON FABIAN HÄGLER

«Wir haben kein Asylproblem», sagte Regierungsrätin Susanne Hochuli gestern Freitag im Interview mit der az. In der Schweiz gebe es momentan rund 80 000 Asylbewerber, dies entspreche lediglich einem Prozent der Wohnbevölkerung, rechnete sie vor.

Dies veranlasste SVP-Kantonalpräsident Thomas Burgherr zu einer heftigen Reaktion: «Meines Erachtens verkennt unsere Frau Regierungsrätin die Situation massiv», sagt er. Die Aussage, «dass wir kein Asylproblem haben, ist völlig deplatziert und ein Affront gegenüber den betroffenen Gemeinden», wertet Burgherr. Zwar stimme es, dass die 80 000 Asylbewerber nur ein Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten.

Anerkennungsquote gestiegen

«Aber die Anerkennungsquote liegt heute bei 60 Prozent, das ist dreimal höher als 2012», gibt Burgherr zu bedenken. Deshalb würden viele Asylbewerber rasch aus der Statistik verschwinden. «Tatsächlich bleiben sie aber hier und belasten unsere Sozialwerke, nach fünf Jahren zahlen Bund und Kanton nichts mehr, die Kosten bleiben bei den Gemeinden hängen.»

Burgherr wehrt sich auch gegen Hochulis Aussage, sein Vorstoss für bessere Grenzkontrollen sei nur Wahltaktik. «Wir sollten Wirtschaftsflüchtlinge aus sicheren Staaten gar nicht erst ins Land lassen, sondern direkt an der Grenze zurückweisen». Und: «Wenn wir unsere Grenzen nicht kontrollieren und Frau Hochuli zudem das Asylproblem verharmlost, gibt das eine Sogwirkung für Flüchtlinge: Diese sehen die Schweiz als attraktives Land, wo man leicht reinkommt und mit grosser Wahrscheinlichkeit Asyl erhält.»

FDP: Asylchaos - oder doch nicht?

Auch die FDP Aargau schätzt die Asylsituation anders ein als Susanne Hochuli: «Endlich handeln. Asylchaos stoppen», steht auf ihrer Website. Allerdings teilt der prominenteste Freisinni-

ge im Aargau diese Einschätzung nicht. In einem Interview in der «Schweiz am Sonntag» sagte FDP-Schweiz-Präsident Philipp Müller kürzlich: «Wir haben kein Asylchaos. Das ist Blödsinn.» Wie beurteilt seine Parteikollegin Renate Gautschy, Grossrätin, Nationalratskandidatin und Präsidentin der Gemeindeammänner-Vereinigung im Kanton, die aktuelle Lage? «Ich möchte nicht von einem Asylchaos sprechen, aber ich bin nicht zufrieden mit den Abläufen bei der Unterbringung der Flüchtlinge.»

Gautschy spricht konkret die Tatsache an, dass die Gemeinden vom Kanton meist erst dann informiert werden, wenn der Mietvertrag für eine Asylunterkunft bereits unterzeichnet ist. Sie ergänzt, die Asylproblematik sei kein Thema, das man rein rechnerisch betrachten könne. «Die rund 80 000 Asylbewerber sind nicht gleichmässig auf die Schweiz verteilt, deshalb bringt es einer Gemeinde mit einer grossen Unterkunft wenig, wenn sie weiss, dass die Asylbewerber insgesamt nur ein Prozent der Bevölkerung ausmachen.»

Information über Grosszentren

Wenn es um die Grossunterkünfte geht, in denen der Kanton künftig die Asylbewerber unterbringen will, sollen die Gemeinden früh informiert und einbezogen werden. Die az weiss: Am 22. September findet in Aarau ein grosser Informationsanlass unter dem Titel «Vorprojekt Grossunterkünfte für Asylsuchende» statt. Laut der Einladung enthält dieses Vorprojekt «den Entwurf eines Standortkonzepts bzw. die Parameter für die Umsetzung desselben». Demnach sind Angaben zu erwarten, «wie die kantonalen Klein- und Kleinstunterkünfte im Laufe der Zeit durch regional ausgewogene verteilte Grossunterkünfte abgelöst werden». Der Einbezug des Grossen Rats, der Gemeinden und Regionalplanungsverbände sei zentral, schreibt Susanne Hochuli.

Interview mit Susanne Hochuli auf aargauerzeitung.ch



(v.l.) am Wahlpodium von frauenaargau im Grossratssaal.

SANDRA ARDIZZONE

Rentenreform ist akzeptiert

Wahlen Zwölf National- und Ständeratskandidatinnen aus acht Parteien diskutierten in Aarau über die Altersvorsorge 2020. Sie waren sich erstaunlich einig.

VON SIBYLLE HALTNER

Unter dem Titel «Frauen nach Bern!» hatte der Verein frauenaargau zu einem überparteilichen Wahlanlass in den Grossratssaal eingeladen. Zwölf National- und Ständeratskandidatinnen diskutierten über die Reform der 1. und 2. Säule und alle standen dem vorliegenden Entwurf der Ständeratskommission positiv gegenüber.

In einem Inputreferat stellte Ständerätin Christine Egerszegi die Reform vor. «Ich bin glücklich über den Mut von Alain Berset, einen Vorschlag für die ganze Vorsorge zu präsentieren», meinte Egerszegi.

Anschliessend diskutierte az-Bundeshausredaktorin Anna Wanner mit den Kandidatinnen über die geplante Revision. Zum Thema «Flexibilisierung und Rentenalter» äusserten sich in der ersten Runde Maya Bally (BDP), Stefanie Heimgartner (SVP), Monika Küng (Grüne) und Helen Suter (EVP). Alle vier waren sich einig, dass die geplante Erhöhung des AHV-Referenzalters für Frauen auf 65 Jahre unumgänglich ist. Die bestehende Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen müsse auf einer anderen Schiene bekämpft werden, erklärte Monika Küng. Maya Bally sprach sich sogar für eine Erhö-

hung für beide Geschlechter auf 66 Jahre aus. Diese Ansicht teilte Helen Suter zwar nicht, sie machte sich jedoch für die Flexibilisierung des AHV-Alters stark. «Wer länger arbeitet, soll aber trotzdem keine höhere Rente erhalten», erklärte sie mit dem Hinweis darauf, dass viele freiwillig über das AHV-Alter hinaus erwerbstätig seien. Stefanie Heimgartner vertrat die Ansicht, dass Frühpensionierte keine Ergänzungsleistungen erhalten sollten, da dies ein Ansporn

«Der Generationenvertrag muss neu geschrieben werden.»

Renate Gautschy FDP

sei, vorzeitig aus dem Arbeitsprozess auszutreten. Sie sprach sich auch gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer aus.

Über die zweite Säule (BVG) sprachen anschliessend Marianne Binder (CVP), Yvonne Feri (SP), Renate Gautschy (FDP) und Ruth Jo. Scheier (GLP). «Das Sparguthaben reicht nicht mehr für den Lebensabend, es führt kein Weg an der Senkung des Umwandlungssatzes vorbei», warf Moderatorin Anna Wanner in die Runde. «Der Generationenvertrag muss neu geschrieben werden», sagte Renate Gautschy. «Alle müssen etwas dran geben, die Senkung des Umwandlungssatzes ist richtig und in dieser Dimension vertretbar.» Dass der Mindestumwandlungssatz von 6,8 auf 6 Prozent gesenkt werden soll, hält auch Yvonne Feri für vertretbar. «Im Gesamtpaket wird

durch den Zuschlag bei der AHV ein Ausgleich geschaffen», meinte sie. Marianne Binder hält die Senkung ebenfalls für wichtig. «Meine Kinder sollen nicht für mich schuften müssen», erklärte sie. «Alle Generationen müssen mitmachen.» Nur beim Koordinationsabzug, den der Bundesrat streichen wollte, die Ständeratskommission jedoch beibehalten hatte, gab es kritische Stimmen. «Er ist besonders für Frauen, die ja oft Teilzeit arbeiten, ungerecht», meinte Ruth Jo. Scheier. Selbst bei mehreren Teilpensen werde oft die Schwelle für den Eintritt in die berufliche Vorsorge nicht überschritten.

Die Zeit drängt

Über das Gesamtpaket der Altersvorsorge diskutierten zum Schluss die Ständeratskandidatinnen Pascale Bruderer (SP), Ruth Humbel (CVP), Irène Kälin (Grüne) und Lilian Studer (EVP). Irène Kälin würde der Erhöhung des Rentenalters für Frauen nur zähneknirsch zustimmen. Lilian Studer hoffte, dass die Reform nicht aufgrund des Lohnniveaus versenkt wird. Ruth Humbel wies darauf hin, dass die Vorlage unbedingt schnell behandelt werden müsse, da sonst die Mehrwertsteuer 2017 gesenkt werde und anschliessend für die Finanzierung der Altersvorsorge 2020 wieder angehoben werden müsste.

Ständerätin Pascale Bruderer erzählte von der Arbeit in der Kommission. «Wir schafften es, eine Lösung zu finden, weil wir nicht viel nach draussen dringen liessen und so kaum lobbyiert werden konnte.»

Hooligan-Problematik

Vermummungsverbot im Stadion und Bussen für Randalierer

Wer sich bei Sportveranstaltungen oder Kundgebungen nicht an die Anweisungen der Polizei hält, soll künftig gebüsst werden können. Aufgrund einer CVP-Motion im Grossen Rat prüft der Regierungsrat eine entsprechende Anpassung des Polizeigesetzes. Diese hatte «wirkungsvolle gesetzliche Grundlagen im Einsatz gegen Randalierer und Hooligans» verlangt. Vorgesehen ist nun ein System, ähnlich dem bei kleineren Verkehrsdelikten. Dabei wird gegenüber dem Täter auf der Stelle eine Busse verhängt, die sofort oder innerhalb von 30 Tagen bezahlt werden kann.

Darüber hinaus prüft die Regierung, ob ein Vermummungsverbot in Stadien wie dem Brugglifeld in Aarau erlassen werden soll. Heute gilt ein solches Verbot nur im öffentlichen Raum. Die CVP hatte eine Ausweitung verlangt, dies

mit dem Hinweis, dass sich gerade im Stadion oft Hooligans vermummten, um unerkannt Pyros zu zünden oder zu randalieren. In den letzten Jahren hätten solche Vorfälle zugenommen, deshalb will die Regierung das Thema bei der Revision des Polizeigesetzes angehen. Obwohl ein solches Verbot schwer durchzusetzen wäre, verspricht sie sich davon eine präventive Wirkung.

Nicht randaliert haben mehrere Personen, die am 25. April am Bahnhof Aarau von der Polizei kontrolliert und dann auf dem Posten festgehalten wurden. In der Antwort auf eine Interpellation von zwei Grünen-Grossräten räumt die Regierung ein, es seien auch Unbeteiligte betroffen gewesen. Für künftige Einsätze werde die Polizei «die Möglichkeiten einer Sichtung und Trennung vor Ort verbessern». (FH)

INSERAT

Nicht vergessen:

2-Phasen-Ausbildung für Neulenker.

Bei uns bis 190.- günstiger. Und viele weitere Vorteile.

www.tcs-aargau.ch

Sektion Aargau